



Militarischer Tagblatt
Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM. ... Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 88, Telefon 479.

70. Katholikentag

Nürnberg, 31. August.

Festgottesdienst

Am Samstag vormittag fand im Stadion ein Festgottesdienst statt, dem über 100.000 Menschen anwohnten.

Stegerwald wiederholt die Forderungen Brünnings

In einer Arbeiter- und Männerversammlung hielt Reichsarbeitsminister Stegerwald eine Ansprache: Der Reichsarbeitsminister habe im letzten Jahr lediglich zu entscheiden gehabt, ob das, was unvermeidbar sei, jetzt erledigt werde oder ob es verschoben werden solle.

Jugendkundgebung — Abschluß

Nachmittags folgte ein Aufmarsch der männlichen und weiblichen katholischen Jugend im Stadion, in dem alle Teile des Reichs, das Egerland und Südtirol vertreten waren.

An die Kundgebung schloß sich eine Versammlung, in der ein Telegramm des Kardinalstaatssekretärs Pacelli mitgeteilt wurde: Der Segen des Papstes ruhe auf allem, was auf der Versammlung beschlossen worden sei.

Kongreß der Freien Gewerkschaften

Frankfurt a. M., 31. August. Der Kongreß der Freien Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB) wurde heute vormittag durch den Bundesvorsitzenden Leipart eröffnet.

Leipart führte u. a. aus, es seien wieder Bestrebungen im Gang, die Arbeiterschaft in den Zustand jener Bedürftigkeit zurückzuführen, in der sie vor 30 Jahren gelebt habe.

Stegerwald über Arbeiterfragen

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald führte in einer Ansprache u. a. aus: Gegenwärtig stehe neben Staat und Wirtschaft auch die deutsche Sozialpolitik vor der größten Krise seit ihrem Bestehen.

Tagespiegel

Der Reichskanzler empfängt am Dienstag die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es handelt sich um die Notmaßnahmen für den Winter und die von der Regierung in Aussicht gestellte Abänderung der Notverordnung vom Juli d. J.

Die 303. Reichstagsfraktion wird am 8. September zur Besprechung der Lage zusammentreten. Die Kommunisten haben die Einberufung des Reichstags bzw. des Reichsrats beantragt.

Der preußische Landtag wird gemäß dem Antrag der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Landvolkpartei voraussichtlich am 8. September einberufen werden.

Dr. Curieux hatte in Genf eine Besprechung mit dem neuen französischen Gesandten in Berlin, Poucet.

Der des Hochverrats angeklagte frühere Ministerpräsident von Cilanen, Woldemaras, wurde vom Gericht in Romo mit 9 anderen Angeklagten freigesprochen.

Die erste Aufgabe der nächsten Wochen und Monate besteht darin, wie bei knapper Gold- und Devisenbasis die Wirtschaft aufrechtzuerhalten und ihr wenn auch nur ein langsamer Antrieb gegeben werden könne.

Neben der Sozialversicherung sei noch immer das Schlichtungswesen stark unstritten. Ein Verzicht auf die staatliche Schlichtung scheine ausgeschlossen. Ueber die zweckmäßige Gestalt des Schlichtungswesens könne gesprochen werden.

Ueber den zukünftigen Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland Zahlen zu nennen, sei schwer. Man müsse damit rechnen, daß in den nächsten sieben Monaten Reich, Länder und Gemeinden an zwei Milliarden RM für die Arbeitslosen werden aufbringen müssen.

Die Praxis, daß der letzte Verbraucher häufig doppelt so viel für Lebensmittel bezahle, als der Geegner erhalte, könne im nächsten Winter gegenüber den Arbeitslosen nicht durchgehalten werden.

Die deutsche Ernährungsgrundlage

Die Wichtigkeit der Frage, ob es möglich ist, die Ernährung des deutschen Volks aus eigener Scholle durchzuführen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, zumal nicht unter den jetzigen und kommenden Verhältnissen, die darauf drängen, uns in der Versorgung mit Nahrungsmitteln vom Ausland möglichst unabhängig zu machen.

daher muß hier für uns gelten: wenn zwei daselbe tun, ist es daselbe.

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Anbauflächen-erhebung in Deutschland Ende Mai 1931, die das Statistische Reichsamt dieser Tage veröffentlicht hat, beträgt die Gesamtläche 46,86 Mill. Hektar gegen 46,98 Mill. im Jahr 1913.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 29,37 (29,38 bzw. 29,73) Mill. Hektar; die Verschiebung ist also im ganzen nicht groß, immerhin ist nicht ohne Interesse, festzustellen, was aus der noch 1913 landwirtschaftlich genutzten Fläche geworden ist: Forstungen und Holzungen nahmen von 12,64 Mill. Hektar in 1913 auf 12,78 Mill. Hektar in 1931.

In der gleichen Richtung der Zunahme der Fläche für Haus- und Hofräume liegt die etwas geringere Zunahme des Wegelands (von 2,17 in 1913 auf 2,22 Mill. Hektar in 1931); einbegriffen in Wegeland sind Friedhöfe, Sportplätze, öffentliche Parlanlagen und Gewässer.

Wie im einzelnen die Landwirtschaft den Notwendigkeiten der Umstellung, der Abkehr vom Roggenbau und dem Mehranbau von Weizen, nachgekommen ist, ist im großen schon bekannt; die Roggenanbaufläche beträgt im laufenden Jahr 4,37 (i. B. 4,71 und 1913 5,33) Mill. Hektar.

Wie sich diese Umrichtung im Anbau auf den Ertrag an Roggen und Weizen ausgewirkt hat, ist kürzlich an Hand der Ernteschätzungen bekanntgegeben worden. Der Erfolg ist der, daß wir mit unserer Weizenerzeugung jetzt so weit sind, daß dafür eine Vermahlungsquote von 97 Prozent festgelegt werden konnte und daß Möglichkeiten geschaffen worden sind, den zunächst überschüssigen Weizen zur Ausfuhr zu bringen.



Neue Steuern?

Berlin, 31. August. Eine Berliner Zeitung hat behauptet, daß neue Steuern (Erhöhung der Umsatzsteuer, Rotopfer der nicht zur Arbeitslosenversicherung herangezogenen Gehaltsempfänger nach dem Vorschlag des Stadtrats u. a.) erwogen werden, um den Bedarf der Arbeitslosenfürsorge zu decken.

Devijenablieferung

Berlin, 31. August. Nach der dritten Durchführungsverordnung vom 29. August 1931 sind bekanntlich die Devisen- und Goldbestände bis zum 5. September 1931 an die Reichsbank oder die Devisenbanken abzuliefern.

Die Geschäfte der Firma Blessing u. Co.

Berlin, 31. August. In der französischen und niederländischen Presse sind Nachrichten erschienen über ein angebliches deutsches Artilleriedepot in Holland, das von der Firma Blessing u. Co. in Haag angelegt worden sein soll.

Lösung der Regierungstrife durch die Notverordnung

Braunschweig, 31. August. Nach dem Rücktritt des nationalsozialistischen Ministers Dr. Franzen gab es in Braunschweig bisher nur noch einen Staatsminister, obgleich die Verfassung zwei Minister vorschreibt.

Ruhrgautag der Nationalsozialisten

Essen, 31. August. Unter riesiger Beteiligung veranstaltete die NSDAP am Samstag und Sonntag eine Tagung des Ruhrgaus in Essen. Am Sonntag nahm der Stabschef der Partei, Hauptmann a. D. Röhm einen fast endlosen Vortragsmarsch der NS ab; bei einer Kundgebung am Nachmittag erklärte er, alle Versuche der Gegner der NSDAP, das Vertrauen zwischen Führer und Geführten zu erschüttern, seien gescheitert.

Zumpe macht Karriere.

Eines Pechvogels lustige Geschichte von Fritz Körner. 92. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Freilich... aber wer hätte das gedacht... ist das zu glauben? Ich muß sofort mit dem Herrn Minister reden. Wir müssen in dieser Angelegenheit rücksichtslos vorgehen. Der Staat muß eingreifen und den Grund und Boden enteignen auf Grund des Wertschages, den das Gelände normalerweise hat.“

Herr von Zedlitz war peinlich überrascht, als er die Angelegenheit vorgetragen erhielt. Er war sofort damit einverstanden, mit seinen Ministerkollegen Rücksprache zu nehmen, um eine sofortige Zwangsenteignung des Bodens durchzuführen.

Todesfall. Der Bauleiter der NSDAP im Bezirk Helfen, Reichstagsabgeordneter Gemeinder, wurde nach einer Versammlung in Mainz, in der er gesprochen hatte, von einem tödlichen Herzschlag betroffen.

Straßentumulte in Düsseldorf

Düsseldorf, 31. August. Im Gerresheimer Villenortel kam es in der Nacht zum Sonntag, wie schon wiederholt in voriger Woche, zu schweren Ausschreitungen. Die Straßen wurden beschmutzt, Laternen und Fenster eingeworfen und die Polizei mit Steinen bombardiert.

Streik der Fürsorgearbeiter in Köln

Mitte voriger Woche blieben in Köln 1200 Fürsorgearbeiter, besonders beim städtischen Fuhrpark, von der Arbeit fern. Da sie auch am Montag noch streikten, wurden sie sämtlich entlassen.

Handgranatendiebstahl

Lüneburg, 31. August. Die Polizeibehörden sühnden gegenwärtig nach einem 23jährigen Schlosser D., der bei Uelzen 70 Handgranaten entwendet haben soll. Man vermutet, daß er sich in Höhlen in der Lüneburger Heide aufhält oder bei Freunden Unterschlupf gefunden hat.

Vorpiel in Genf

Genf, 31. August. Die Abordnungen zu den Europa- und Völkerbundverhandlungen sind am Sonntag größtenteils in Genf eingetroffen. Dr. Curtius hatte bereits eine Besprechung mit dem Führer der österreichischen Abordnung Dr. Schöber. Briand kommt erst am 7. oder 8. September; die englische Abordnung führt Lord Cecil, ein verantwortlicher englischer Minister kommt nicht.

Am Montag begannen die Beratungen des Europa-Ausschusses, wobei wieder viele schöne Worte gefallen sind. Der Ausschuss wird u. a. den russischen Antrag vom Mai, auf Abschluß eines allgemeinen europäischen Nichtangriffspaktes zu behandeln; es ist Stimmung dafür vorhanden, ein solches Abkommen auf das Wirtschaftsgebiet auszudehnen.

Die europäischen Wirtschaftsachverständigen beschloßen nach zum Teil scharfen Auseinandersetzungen Richtlinien für eine europäische Zollunion, wobei das für oder wider die deutsch-österreichische Zollgemeinschaft stark hereinspielte. Im allgemeinen wurde die Notwendigkeit der politischen Beruhigung, die Wiederherstellung des Vertrauens und die Aufrechterhaltung der Festigkeit der Währungen als Voraussetzung für die europäische Wirtschaftsunion betont.

Württemberg

Landtagsvizepräsident Hiller gestorben

Stuttgart, 31. August. Im Alter von 64 Jahren ist am Montag früh einem wiederholten Schlaganfall der 1. Vizepräsident des württ. Landtags und Stadtrat von Stuttgart, Wilhelm Hiller, Stadtgartenverwalter a. D., erlegen. Er trat im Jahr 1906 erstmals in den württ. Landtag ein als Mitglied der konservativen Partei, nach dem Umsturz als Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei.

rüstigen Kämpfer ein Ende bereite. Schon in jungen Jahren betätigte sich Hiller viel im Christlichen Verein junger Männer in Stuttgart. Der Bund für Handel und Gewerbe wurde von ihm mit ins Leben gerufen, und er bekleidete die Stelle eines Geschäftsführers seit einer Reihe von Jahren. Hauptächlich betätigte er sich in mittelständischer Politik; dabei war er ein scharfer Gegner der Konsumvereine. Er war Leiter des Müllereigewerksverbands sowie Mitglied der Landesproduktionsbörse Stuttgart. Seine konservative Gesinnung betätigte der Verstorbenen auch auf militärischem Gebiet. Er hatte einst in Straßburg als Einjähriger gedient, war Mitglied mehrerer militärischer Vereine und Bezirksobmann des Württ. Kriegerbunds für Stuttgart-Stadt. Er war in weitesten Kreisen eine hochgeschätzte und beliebte Persönlichkeit. Seine Nachfolgerin im württ. Landtag ist Frau Klara Klotz, Oberstengattin in Stuttgart. — Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Pragfriedhof statt.

Stuttgart, 31. August.

70. Geburtslag. Am 2. September vollendet Generalleutnant a. D. Oskar Freiherr v. Watter sein 70. Lebensjahr. Als Sproß einer württembergischen Offiziersfamilie in Ludwigsburg geboren, hat er seine militärische Laufbahn im wesentlichen in preussischen Truppenteilen zurückgelegt. Im Weltkrieg zeichnete er sich als Führer der 54. Infanterie-Division in der Champagne und bei der Offensive am Rarew und Njemen, in der Flandernschlacht von 1917 und in der Schlacht bei Cambrai im November des gleichen Jahres aus. Dann erhielt er die Führung des 26. Reservekorps, mit dem er auf dem linken Flügel der XVIII. Armee bei Amiens und Ronon kämpfte. Nach Friedensschluß übernahm Freiherr v. Watter das Generalkommando des VII. Armeekorps in Münster und war dann in der Reichswehr Befehlshaber des Wehrkreises VI in Münster. In dieser Eigenschaft führte er im Frühjahr 1920 die Befreiung des Ruhrreviers vom roten Terror erfolgreich durch. Seit seinem Ausscheiden aus dem Heeresdienst (Juli 1920) bekleidet der General eine Reihe von Ehrenposten. So steht er an der Spitze des von ihm ins Leben gerufenen Waffensings der ehemaligen deutschen Feldartillerie und ist im Nationalverband deutscher Offiziere Hochmeister in Ehrenangelegenheiten.

Württ. Volkshilfe. Am letzten Freitag fand bei der Zentralkleitung für Wohltätigkeit eine Besprechung über die für den Herbst und Winter zu treffenden Hilfsmassnahmen statt, an der Vertreter des Innenministeriums, Wirtschaftsministeriums, Landesarbeitsamts, der Landwirtschaftskammer, karitativen Verbände, Arbeitgeberverbände, Bezirkswohlfahrtsvereine und des Wohlfahrtsamts Stuttgart teilnahmen. Zur Erörterung kam insbesondere die Frage der Naturalversorgung der notleidenden Bevölkerung im Winter und die Organisation von Lebensmittelsammlungen im ganzen Land. In Württemberg soll ein großes, einheitliches Hilfswerk unter Leitung aller in Betracht kommenden Kreise und Organisationen durchgeführt und in Wäldern zugunsten dieser Volkshilfe ein öffentlicher Aufruf erfolgen.

Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Der Vorstand des Bundes der Amtmänner der Deutschen Reichspost hatte den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund beschlossen. Der Bundestag hat diesen Beschluß gutgeheißen. Am 1. Januar 1932 wird der Bund wieder selbständig. Maßgebend für den Austritt war die Haltung des Deutschen Beamtenbundes in der Frage der Staffelung der Gehaltsgruppen und in seiner die Interessen der Gemeindebeamten vor denen der Reichsbeamten bevorzugenden Stellungnahme. Der Beschluß erfolgte mit allen Stimmen gegen eine Stimme.

Versammlung der Gemeindearbeiter. Vertreter der württ. Gemeindearbeiter nahmen in einer Versammlung im Gewerkschaftshaus in Stuttgart gegen die geplante Lohnkürzung um 4 v. H. in einer Entschließung Stellung, in der ausgeführt wird: Nicht die hohen Löhne der Gemeindearbeiter sind die Ursache des Defizits der deutschen Städte, sondern die Auswirkung der Krise spiegelt sich insbesondere in den Gemeindefinanzien wider. Von der Reichs- und Staatsregierung wird daher sofortige Hilfe für die in erster Linie durch die steigenden Wohlfahrtslasten in Not geratenen Gemeinden und Gemeindeverbände verlangt. Die eintretende Lohnkürzung von vier Prozent bedeutet für die Gemeindearbeiter eine Schmälerung ihres Einkommens, die die Grenze des Erträglichsten übersteigt. Vom Verbandsvorstand und der Reichslohnkommission wird erwartet, daß sie bei den künftigen Verhandlungen alles daran setzen, um eine weitere Verschlechterung hintanzuhalten. Bei der kommenden Woche müssen alle gewerkschaftlichen Mittel angewendet werden. Mit allen Mitteln soll darauf hingewirkt werden, daß alle kommenden Lohnverhandlungen nicht mehr zentral und in Berlin geführt, sondern in den einzelnen Bezirken zum Abschluß gebracht werden.

Als die drei Herren vom Ministerium allein waren, da... begann Georg den Minister vorsichtig zu unterrichten. Zedlitz wurde blaß, als der Name Koch fiel. Aber er sprach nicht dazwischen, hörte sich Georgs und dann Brettschneiders Ausführungen mit größtem Interesse an. Als sie zu Ende waren, sagte er betroffen: „Ich... danke... Ihnen, meine Herren... ich... muß gestehen, daß Ihre Ausführungen unter Umständen den Kern der Sache berühren.“

„Und... wenn es einmal der Fall sein sollte?“ „Dann wird der Beamte den Kredit sofort abdecken... kann er es nicht, dann wird es das Ministerium tun und dann vom Gehalt abziehen, sofern der Betrag nicht ungewöhnlich hoch ist. Ich möchte aber dann mit dem betreffenden Beamten persönlich sprechen.“ „Gewiß, Herr Minister.“

Es fiel zwar auf, daß Witte und Blumenthal so plötzlich wieder im Ministerium erschienen und sofort zum Minister gebeten wurden, sonst aber blieb alles ruhig, denn die es wußten, schwiegen und ließen sich nichts merken. Der Minister sprach sich über zwei Stunden mit seinen beiden Mitarbeitern aus und im Laufe der Unterhandlung erfuhr er noch eine ganze Anzahl städtische Beamte und Ministerialbeamte, die bei Koch im Debet saßen. Vom Innenministerium war nur ein Beamter dabei. Der Oberamtmann Selingsstädt. Er wurde sofort zum Minister gebeten. Zedlitz atmete auf, als sich dieser Kredit als ganz sauber herausstellte. Der Oberamtmann war nie mit dem Koch oder einem der Familie Koch bekannt gewesen, er hatte lediglich zur Ausstattung seiner beiden Mädel, die zu gleicher Zeit heirateten, einen Kredit von 5000 Mark benötigt, diesen von Koch erhalten und den Kredit ehrlich bis auf 1200 Mark zurückgezahlt. Der Minister sagte freundlich: „Sie nehmen mir einen Stein vom Herzen, Herr Oberamtmann. Wollen Sie aber das Geld nicht aus dem Fond von uns nehmen?“ „Nein, Herr Minister! Meine Sache liegt so, daß ich nichts zu scheuen brauche, selbst wenn die Firma Koch in irgend einen Skandal hineingerät würde.“



